

Wissen schafft Exzellenz – heute und morgen
Positionspapier der CDU-Bürgerschaftsfraktion
für den Wissenschaftsstandort Bremen

Übersicht

1. Hochschulstandort Bremen
2. Gute Rahmenbedingungen – für Studium, Lehre und Forschung
3. Politische Rahmenbedingungen

Präambel

Wissen, die für uns in Deutschland wertvollste Ressource, stellt die Grundlage unseres wirtschaftlichen Erfolges dar und hat in einer schnelllebigen und hochtechnisierten Welt kontinuierlich noch an Bedeutung gewonnen. Deutschlands Position und Zukunft als eine der stärksten Wirtschaftsnationen der Welt beruht in hohem Maße auf der Erfindungsfähigkeit, dem Leistungsvermögen und dem Engagement der Menschen, die hier leben. Ohne diese Fähigkeiten und ohne diese Innovationskraft wäre unser Wohlstand nicht aufrechtzuerhalten. Denn Wissenschaft ist keineswegs abstrakte Forschung im „Elfenbeinturm“, sondern beeinflusst unser alltägliches Leben in jedem Augenblick und in jedem gesellschaftlichen Bereich. Wissenschaft schafft Neues in Form von Erkenntnissen und Technologie, sie wirft Fragen auf und stößt gesellschaftliche Debatten an, liefert Antworten auf drängende Fragen und bildet die nächste Generation der Wissens-, Leistungs- und Führungselite aus. Insbesondere die über 400 Universitäten und Fachhochschulen in Deutschland haben hieran einen erheblichen Anteil. Doch viele Hochschulen blicken angesichts der immer größer werdenden Herausforderungen mit Sorge in die Zukunft. Dies gilt in besonderer Weise für Bremen. Als einziger norddeutscher Standort einer Exzellenz-Universität sowie aufgrund zahlreicher weiterer beeindruckender Erfolge können Bremen und Bremerhaven zu Recht stolz auf ihre Hochschulen sein, deren Nutzen für unsere beiden Städte weit mehr ist als ein rein akademischer. Bestätigt durch die Empfehlungen des Wissenschaftsrates will die CDU-Bürgerschaftsfraktion mit diesem Papier ihre inhaltlichen Positionen für die kommenden Jahre beschreiben und schärfen und ihren Beitrag dazu leisten, dass der Wissenschaftsstandort Bremen auch in Zukunft ganz oben mitspielen wird. Denn Wissen schafft Exzellenz.

1. Hochschulstandort Bremen

Bremen darf sich Heimstätte vieler weltbekannter Wahrzeichen nennen: Rathaus und Roland als Weltkulturerbe sowie die Bremer Stadtmusikanten gehören dazu, ebenso eine große Palette an Produkten und Sportvereinen. Gleichzeitig aber steht Bremen in vielen Köpfen auch für zunehmende Armutstendenzen und Bildungsversagen. Der Kontrast als einer der führenden Hochschulstandorte in Norddeutschland könnte nicht größer sein und es kann gar nicht hoch genug angerechnet werden, welchen Imagegewinn unsere beiden Städte durch die Universität Bremen, die Hochschule Bremen, die Hochschule Bremerhaven, die Hochschule für Künste und die privaten Hochschulen erfahren haben. In ihrer vergleichsweise sehr jungen Geschichte haben nicht nur die Hochschulen selbst eine tiefgreifende Entwicklung vorgenommen, sondern auch das Bild Bremens maßgeblich und nachhaltig positiv geprägt. Insbesondere auch in der Bremer Großen Koalition initiierte

Veränderungsprozesse haben bewirkt, dass die Hochschulen in Bremen zu den forschungstärksten und internationalsten Hochschulen der Republik wurden. Ohne diesen beeindruckenden „Turn-Around“ wäre die Ansiedlung von über 400 Instituten und einer Vielzahl wichtiger Unternehmen z.B. im Technologiepark an der Universität nicht denkbar gewesen. Mit rund 30.000 Studenten und rund 16.000 Arbeitsplätzen, die direkt oder indirekt mit den Hochschulen in Verbindung stehen, zieht der Wissenschaftssektor Jahr für Jahr tausende von Menschen nach Bremen und hat sich somit auch zu einem bedeutenden ökonomischem und fiskalischem Faktor für das Land Bremen entwickelt.

Diese Erfolgsgeschichte war das Resultat des jahrzehntelangen Engagements vieler und erfreut sich, ebenso wie die Forschungsleistungen Bremischer Wissenschaftler auf vielen Gebieten, teilweise weltweiter Beachtung. Offshore-Windenergie, Raumfahrttechnologie, Meeresforschung und Logistik sollen stellvertretend für die zahlreichen Arbeitsgebiete unserer Hochschulen genannt werden, welche nicht nur aus akademischer Sicht beeindrucken, sondern auch ganz konkret mit unserer Region in Verbindung stehen. Leider werden diese Leistungen nach unserem Empfinden innerhalb von Bremen aber noch zu wenig wahrgenommen. Auch dafür möchte dieses Positionspapier ein besseres Bewusstsein schaffen, denn die Bremischen Hochschulen leisten, trotz des teilweisen hohen Abstraktionsgrades einzelner Projekte, einen wichtigen Beitrag für Bremen und Bremerhaven und tragen in erheblichem Umfang zur Identität unseres Landes bei.

Jede einzelne Hochschule im Land Bremen stellt für die CDU-Bürgerschaftsfraktion einen Gewinn für unser Land dar und verdient die volle Unterstützung der politisch Verantwortlichen, welche in schwierigen Zeiten der Haushaltskonsolidierung nötiger ist als vielleicht jemals zuvor. Gerade deswegen sieht die CDU-Fraktion den seit Jahren anhaltenden Stillstand in der Bremer Wissenschaftspolitik mit großer Sorge. Mit Auslaufen des Wissenschaftsplans 2010 fehlt – wie auch in vielen anderen Bereichen – eine politische Führung und eine Vision für die Wissenschaftslandschaft der Zukunft. Nach Meinung der CDU-Fraktion aber dürfen die Hochschulen auf ihrem Wege nicht alleingelassen und schwierige Strukturentscheidungen nicht einfach an sie delegiert werden. Vielmehr muss es der Anspruch der Politik sein, klar zu benennen, wohin der Weg führen soll.

Herausforderungen & Chancen

Die Bremischen Hochschulen sind in Schieflage geraten. Einerseits legten sie eine beeindruckende Entwicklung in den letzten Jahrzehnten zurück, welche mit dem (politisch gewollten) Ausbau des Studienplatzangebots und dem Aufbau ganzer Fachbereiche einherging, andererseits aber wuchs die Grundfinanzierung vom Land nicht im selben Maße mit. Dies resultierte in einer strukturellen Unterfinanzierung, unter der sämtliche Hochschulen im Land Bremen leiden.

Die beeindruckende Reihe von Erfolgen unserer Hochschulen bei der Gewinnung externer Mittel, von denen Forschung und Lehre profitieren und die viele Projekte überhaupt erst möglich machen und die Zuschüsse im Rahmen des Hochschulpaktes dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass das grundsätzliche Problem der Unterfinanzierung nach wie vor weiter fortbesteht und auch in Zukunft weiter fortbestehen wird. Die CDU-Fraktion sieht dabei insbesondere das endgültige Auslaufen der Exzellenzinitiative im Jahr 2017 mit großer Sorge und sehe in dem Verlust der sich derzeit teilweise noch erst im Aufbau befindenden Strukturen einen Verlust für ganz Bremen.

Doch neben der Forschung muss insbesondere der Zustand der Lehre, die von großen Teilen der Studentenschaft als „Stiefkind“ der Hochschulen angesehen wird, kritisch betrachtet werden. Mangelnde Ausstattung und Raumknappheit führen ebenso zu Protesten wie zu hoher Leistungsdruck bei gleichzeitig nur noch geringen Freiheiten. Angesichts der seit Jahren stark ansteigenden Studienanfängerzahlen, deren weitere Entwicklung trotz des demographischen Wandels nur schwer vorauszusagen ist und in den nächsten Jahren tendenziell eher weiter steigen dürfte, wird die Aufrechterhaltung der derzeitigen hohen Qualität und Quantität nicht zu realisieren sein, wie die Ankündigungen verschiedener Bremer Hochschulen, im Mittelbau und an Studienplätzen teils drastische Kürzungen vornehmen zu müssen, zeigen.

Für die CDU-Bürgerschaftsfraktion stellt diese Problemanalyse eine ernstzunehmende Bedrohung für den Hochschulstandort Bremen dar und nur entschiedenes Handeln und große – und nicht immer populäre – Kraftanstrengungen werden das jetzige hohe Niveau langfristig absichern. Gute Wissenschaft braucht gute und vor allen Dingen langfristige Rahmenbedingungen. Es ist die Überzeugung der CDU, dass auch in einem Haushaltsnotlageland wie Bremen die Chance auf solche Strukturen besteht. Sie muss nur ergriffen werden.

Stärken & Schwerpunkte ausbauen

Obwohl die Bremischen Hochschulen in ihrer jetzigen Form vergleichsweise jung sind, haben sie in dieser Zeit eine erstaunliche Entwicklung vorgenommen. Die 1971 gegründete und zunächst eher geisteswissenschaftlich orientierte Universität Bremen wuchs binnen weniger Jahrzehnte zu einer Volluniversität heran, während die heutige Jacobs University die einzige Volluniversität Deutschlands darstellt, die privat geführt wird. Der Weg der Fachhochschulen im Land Bremen ist nicht weniger eindrucksvoll: Die Hochschule Bremen gehört zu den vielleicht innovativsten Einrichtungen dieser Art überhaupt, wenn es um die Weiterentwicklung des anwendungsbezogenen Studiums geht. So war sie eine der ersten Fachhochschulen Deutschlands, die den Namen „Hochschule“ trug und hatte stets eine Vorreiterrolle bei der Entwicklung neuer Studiengänge inne. Besonderes Merkmal der Hochschule Bremerhaven, welche ihre Studentenzahlen zwischen 2000 und heute fast verdoppeln konnte, ist der hohe Grad an Nähe zu Region, welcher sich in Form des maritimen Profils durch sämtliche Studiengänge wie ein roter Faden zieht.

Schon lange Zeit vor der Aufnahme der Gesamt-Universität in die Riege der Exzellenz-Universitäten gehörte Bremen somit zu den aufstrebenden Wissenschaftsregionen der Republik, auch wenn dies vielleicht nicht immer im Bewusstsein der breite Öffentlichkeit verankert war. Wachstum – in qualitativer wie quantitativer Hinsicht – stellte eines der entscheidenden Kriterien dieser Entwicklung dar. Doch ohne spürbare Änderungen der derzeitigen Finanzausstattung ist eine Fortsetzung dieses Kurses unrealistisch und wäre nach Auffassung der CDU-Bürgerschaftsfraktion sogar kontraproduktiv.

Unbestritten der Tatsache, dass jede wissenschaftliche Einrichtung, jeder Studiengang, jeder Studienplatz und jede Professur einen Wert an sich für Bremen darstellen, muss eine Debatte darüber geführt werden, ob ihre Erhaltung im vollen Umfang wirklich erstrebenswert, sinnvoll und zukunftsfest ist. Statt einer Beibehaltung der bisherigen Leitlinie des breiten Wachstums, soll künftig verstärkt eine Konzentration auf Bremische Kernbereiche im Fokus stehen, um diese und ihr hohes Niveau in Forschung und Lehre

langfristig und auskömmlich abzusichern. Infolge politischer Rahmensetzung müssen klare Entscheidungen über diese Schwerpunktsetzungen getroffen und mit den Hochschulen zusammen umgesetzt werden. Darüber hinausgehende Angebote sind ausdrücklich zu begrüßen, müssen aber vorbehaltlich des Konsolidierungskurses gesehen und mit geringerer Priorität versehen werden. Somit soll einerseits die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes aber auch die Möglichkeit für Neues und Innovatives sichergestellt werden.

Drei Leitgedanken sollen hierzu die Grundlage bilden:

- Wir wollen den Erhalt der öffentlichen Hochschulen sicherstellen, sie aber durch eine stärkere Profilierung besser voneinander abgrenzen und mehr Wert auf die Alleinstellungsmerkmale legen. Private Einrichtungen, wie insbesondere die Jacobs University, stellen eine Bereicherung des Wissenschaftsstandortes Bremen, der Region Bremen-Nord und des gesellschaftlich-kulturellen Lebens in Bremen dar, die wir politisch in eine nachhaltige Entwicklung begleiten werden. Etwaige finanzielle Unterstützungen können lediglich situativ, befristet und verbunden mit klaren Zielvereinbarungen gegeben werden. Öffentliche und private Hochschulen haben längst in vielfältiger Form zur Zusammenarbeit gefunden und dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.
- Die Universität als forschungsorientierte und die Hochschulen als anwendungsorientierte Einrichtungen sollen zu Profilhochschulen weiterentwickelt werden.
- Die derzeitige Breite des Fächerangebots im Land Bremen soll insgesamt aufrecht erhalten, die Priorität dabei aber klar auf die jeweiligen Profilschwerpunkte gelegt und Doppelstrukturen abgebaut werden. In der Finanzierung sollen Studiengänge mit einem Bezug zur Region eine Priorität haben. Insbesondere bei Kleinststudiengängen sollen Kooperationen mit anderen Hochschulen, wie z. B. der Universität Oldenburg oder im Rahmen der Metropolregion, aktiver und nachdrücklicher als bisher angestrebt werden. Eine Überprüfung der Lehr- und Forschungsstruktur an den Hochschulen und ihrer Schwerpunktsetzungen, auch unter dem Gesichtspunkt der gegebenen Finanzierungsmöglichkeiten und -grenzen, darf die Schließung einzelner Studiengänge am Ende nicht völlig ausschließen.

Indem der Charakter der einzelnen Bremischen Hochschulen noch stärker als bislang ohnehin schon durch Konzentration auf fachliche Kernbereiche ausgedrückt wird und diese zu einem interdisziplinären Gesamtbild verbunden werden, können die Hochschulen ein bundesweit einmaliges Profil erlangen, wie es insbesondere die HS Bremerhaven mit ihrem maritimen Profil sowie die Universität mit ihrem fachbereichsübergreifenden Projektarbeiten in den Exzellenz-Schwerpunkten bereits überaus erfolgreich betreiben. Mit guter und langfristig abgesicherter Ausstattung sollen die ausgewählten Kernbereiche dauerhafte Spitzenpositionen im nationalen und internationalen Vergleich einnehmen und ein Magnet für Studenten und Wissenschaftler aus der ganzen Welt werden.

Für die Universität, deren Status als Volluniversität nicht grundsätzlich infrage gestellt wird, sehen wir in erster Linie die sechs Schwerpunkte des Zukunftskonzeptes „Ambitioniert und agil“ als lohnenswerte Felder für dauerhafte Investitionen, um so einerseits zu gewährleisten, dass die Universität sowohl in den MINT-Bereichen als auch in den Geistes- und Sozialwissenschaften ein attraktives Angebot vorhalten kann und um andererseits eine Zersplitterung in zu kleinen Facheinheiten zu verhindern. Darüber

hinaus sehen wir die Lehramtsausbildung als weiteres wichtiges Feld, deren Stellenwert insgesamt erhöht und durch inhaltliche Erweiterungen, wie insbesondere sonderpädagogische Elemente, ausgebaut werden soll. Es muss hinterfragt werden, ob Bereiche, die weder einen besonderen Bezug zu Bremen haben, keine besonders hervorzuhebenden Leistungen vorweisen können und kein Alleinstellungsmerkmal besitzen, weiterhin aufrechtzuerhalten sind. Neben einzelnen vergleichsweise kleinen Studiengängen, schließt dies aber auch ganze Fachbereiche mit ein. Inwieweit beispielsweise Studiengänge wie Religions- und Rechtswissenschaften als eigenständige Angebote aufrecht erhalten werden müssen, soll ein Bestandteil dieser Debatte sein.

Trotz ihrer bemerkenswerten Erfolge, ist die öffentliche Anerkennung der Bremer Fachhochschulen nach unserer Wahrnehmung verhältnismäßig gering und wird ihrer gesellschaftlichen Bedeutung nicht gerecht. An der Trennung von forschungsorientierten Universitäten und anwendungsorientierten Fachhochschulen wird von uns als Mittel zur Ausdifferenzierung des Bildungsangebotes ausdrücklich festgehalten, jedoch wenden wir uns gegen eine einseitige Fokussierung auf Forschungskompetenzen und wollen die Vorzüge und Qualitäten des Fachhochschulwesens weiter stärken, von denen gerade die Bremische Wirtschaft in hohem Maße profitiert. Zwar kann Forschung ausdrücklich ein Bestandteil sein, jedoch sehen wir in Ausbildung und Weiterqualifizierung von (zukünftigen) Fachkräften die eindeutige Hauptaufgabe unserer beiden Hochschulen. Eine intensive Verzahnung und Absprache mit der lokalen Wirtschaft muss Grundlage aller weiteren Ausrichtung sein, die sich an den unternehmerischen Bedürfnissen orientieren soll, um ein Maximum an Praxisnähe gewährleisten zu können. Anders als die Universität sehen wir hierbei keine Notwendigkeit eines fachlichen Vollangebots, sondern treten für eine Konzentration auf fachhochschultypische Fächer ein. Doppelstrukturen in den Bereichen der Profilschwerpunkte, der Geistes- und Sozialwissenschaften, der Informatik, der Betriebswirtschaftslehre und den nautischen Studiengängen müssen zur Diskussion gestellt und möglichst vermieden werden. Um die Hochschulen als eigenständige und leistungsstarke Einrichtungen stärker ins Bewusstsein des öffentlichen Lebens zu rücken, sprechen wir uns für die Schaffung bzw. den Ausbau der jeweiligen Campusgelände aus.

Als kleinste und am stärksten spezialisierte Hochschule nimmt die Hochschule für Künste eine Sonderrolle ein. Ihr nahezu einmaliges Profil, welches die bildenden Künste, Design und Musik verbindet, genießt international einen herausragenden Ruf. Gleichzeitig bereitet die im Vergleich niedrige Studentenzahl Schwierigkeiten bei der praktischen Arbeit, Kürzungen einzelner Professuren kämen irreparablen Einschnitten gleich. Zur Absicherung der Institution sowie des künstlerischen Profils soll die perspektivische Übernahme der lehramtsbezogenen Ausbildung von der Universität geprüft werden. Zur Stärkung des forschungsbezogenen Charakters werden wir uns für das künstlerisch-wissenschaftliche Promotionsrecht einsetzen. Um die HfK stärker mit der Stadt zu verbinden, sollen Möglichkeiten eines dauerhaften „Schaufensters“ im Stadtzentrum geprüft werden.

Private Einrichtungen sollen sich an den Strukturen und Profilschwerpunkten der Bremischen Wissenschaftspolitik orientieren und diese nach Möglichkeit gewinnbringend ergänzen.

Der CDU-Fraktion ist bewusst, dass der beschriebene Weg kein leichter sein wird. Ein „weiter so“ aber kann es für uns nicht geben. Angesichts der schon jetzt flächendeckenden Unterfinanzierung der Bremischen Hochschulen und der ungewissen Zukunft müssen klare politische Entscheidungen getroffen und vertreten werden. Nicht das

„Wünschenswerte“, sondern Bedarfe und Kompetenzen müssen im Vordergrund stehen. Strukturelle Entscheidungen müssen dabei hinsichtlich ihrer wissenschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Konsequenzen sorgfältig abgewogen werden. Als Befürworter der Hochschulautonomie lehnen wir eine dahingehende Interpretation, dass Hochschulen die alleinige Verantwortung für getroffene oder auch versäumte politische Rahmenentscheidungen zu tragen haben, entschieden ab und wollen uns stattdessen mit den Hochschulen gemeinsam für einen zukunftsfesten Wissenschaftsstandort Bremen einsetzen.

2. Gute Rahmenbedingungen – für Studium, Lehre und Forschung

Exzellente Hochschulen brauchen exzellente Studenten und Forscher. Und diese brauchen exzellente Rahmenbedingungen, in wissenschaftlicher wie in sozialer Hinsicht. Dass das Bild unserer Hochschulen trotz ihrer hervorragenden Forschungsleistungen mehr und mehr durch negative Schlagzeilen geprägt wird, ist für die CDU-Fraktion ein Manko unserer Hochschullandschaft und ein großes Versäumnis der rot-grünen Landesregierung. Schlechte Studienbedingungen und prekäre Arbeitsverhältnisse haben in vielen Bereichen mittlerweile ein erhebliches Ausmaß angenommen und dürfen nicht länger nur mit Missfallensbekundungen begegnet werden, sondern benötigen ein aktives politisches Handeln.

Studieren in Bremen und Bremerhaven

In der jungen Generation liegt unsere Zukunft. Gerade angesichts des demographischen Wandels ist Deutschland darauf angewiesen, seine Jugend bestmöglich auszubilden. Die Aufnahme eines Hochschulstudiums bietet jungen Menschen eine Vielzahl an Möglichkeiten, die weit über die Berufsqualifikation hinaus gehen. Die Formung des Charakters, das Sammeln von neuen Erfahrungen und der Blick über das eigene Studienfach hinaus sind elementare Bestandteile eines akademischen Bildungsweges und stellen neben ökonomischen Faktoren einen der zentralen Gründe für ein Studium dar. Die CDU-Fraktion wird sich auch weiterhin dafür einsetzen, dass jeder, der die Befähigung und den Wunsch zur Aufnahme eines Studiums hat, diese Möglichkeit erhält. Die soziale Herkunft darf kein Hinderungsgrund sein.

Um insbesondere in Zeiten des globalen Wettbewerbs weiterhin erfolgreich zu sein, muss es unser Anspruch sein, unseren Studenten hervorragende Studienbedingungen zu bieten. Die Bologna-Reform hat wichtige Impulse zur Erneuerung der Deutschen Hochschullandschaft gegeben, jedoch ist die Umsetzung noch nicht überall völlig geglückt. Zu straffe Strukturen, die keinen Spielraum für das Ausprobieren neuer Möglichkeiten bieten und zu hohe Prüfungsdichten, die weder ausreichend Zeit zum Durchatmen noch zum Erlernen eines freien Denkens lassen, müssen kritisch hinterfragt werden. Die traditionellen Abschlüsse Diplom und Magister standen weltweit für Qualität auf höchstem Niveau. Auch die neuen Bachelor- und Masterabschlüsse haben dieses Potential, nutzen es jedoch zurzeit noch nicht aus. Die CDU-Fraktion bekennt sich ausdrücklich zu den Zielen der Bolognareform hinsichtlich einer besseren Strukturierung und einer besseren Vergleichbarkeit der Abschlüsse sowie einer Erhöhung der Mobilität während der Studienphase und fordert die Hochschulen auf, sich im Rahmen ihrer Hochschulautonomie stetig für die Umsetzung dieser Ziele einzusetzen und bestehende Missstände zu korrigieren. Insbesondere die starre Festlegung auf eine Regelstudienzeit von 6 Semestern

im Bachelor muss, wenn das Ziel des berufsqualifizierenden Abschlusses gewährleistet werden soll, insbesondere im MINT-Bereich infrage gestellt werden.

Um den Studenten einen reibungslosen Ablauf ihres Studiums gewährleisten zu können, bedarf es unserer Ansicht nach deutliche Mehrinvestitionen in die Infrastruktur. Als eines der größten Alltagsprobleme sehen wir die unzureichende Ausstattung der Verwaltungseinrichtungen, wie Immatrikulations- und Prüfungsämter, was für viele Studenten mit hohen Wartezeiten, Frustration und der Gefährdung ihres Studienverlaufs verbunden ist. Die Serviceorientierung der Hochschulen muss daher kontinuierlich verbessert werden. Dazu sollen die derzeitigen Abläufe und Verfahren auf ihre Funktionsfähigkeit hin überprüft und ggf. überarbeitet, der Grad der Bürokratisierung verringert und die Zahl des Personals erhöht werden. Die Bearbeitungszeit für Anträge oder die Korrektur von Prüfungsleistungen müssen allgemein und verbindlich festgeschrieben und deren Einhaltung geprüft werden.

Zur Sicherstellung der sozialen Infrastruktur setzt sich die CDU-Fraktion für eine Erhöhung der öffentlichen Zuschüsse an das Studentenwerk Bremen ein, um langfristig eine im Bundesdurchschnitt liegende Förderquote zu erreichen. Speziell der Bau von Wohnheimen soll dabei im Vordergrund stehen. Darüber hinaus müssen weiterhin Anstrengungen zum Ausbau einer Stipendienlandschaft unternommen werden. Hierzu sollen die Hochschulen stärker bei der Einwerbung von Deutschlandstipendien unterstützt und entlastet werden.

Vor allem die Gebäudestruktur der Universität hat teilweise erheblichen Sanierungsbedarf, zu dem ein Jahr für Jahr gravierend werdender Rummangel hinzukommt. Der Sanierungspfad muss daher zügig weitergeführt werden. Im Rahmen der nächsten Wissenschaftsplanung soll auf Grundlage der langfristigen Profilbildung eine Prüfung des Bedarfs eines neuen Lehrgebäudes erfolgen.

Angesichts des demographischen Wandels wird Deutschland in naher Zukunft einen Fachkräftemangel auf breiter Basis erleben, welcher sowohl Berufsfelder, die ein Hochschulstudium als auch solche, die eine Berufsausbildung voraussetzen, betreffen wird. Die in den vergangenen Jahren festzustellende Fokussierung auf das Hochschulstudium als alleiniger Weg zum individuellen Glück, wird von der CDU-Bürgerschaftsfraktion ausdrücklich nicht geteilt. Nicht die Zahl der Studienanfänger, sondern Qualität ist das entscheidende Kriterium. Studium und Berufsausbildung sind gleichberechtigte Säulen und sollen entsprechend im gleichen Umfang beworben und gefördert werden. Der Stellenwert des lebenslangen Lernens soll im Rahmen der landesweiten Hochschulplanung kontinuierlich erhöht und durch einen Ausbau akademischer Weiterbildungsmöglichkeiten gefördert werden. Das System der Zulassungsvoraussetzungen soll einer Prüfung unterzogen und ggf. optimiert werden, um einen breiten Zugang zu schaffen.

Forschen in Bremen und Bremerhaven

Wissenschaftler genießen in der Bevölkerung ein großes Ansehen. Ihre Arbeit umfasst nicht nur die Ausbildung der nächsten Generation, sondern auch Forschungsleistungen auf höchstem Niveau, was das wissenschaftliche Hochschulpersonal zu einer bedeutenden Berufsgruppe macht. Dieser Wert und die dafür notwendigen langen und schwierigen Ausbildungswege aber spiegeln sich in vielen Fällen nur unzureichend in den Rahmenbedingungen wider, welche immer öfter als prekär bezeichnet werden.

Hohe Arbeitsbelastungen durch Lehre, Forschung, Bürokratie und Drittmittelakquisition während gleichzeitig die Besoldung und Lehrstuhlausstattung im nationalen und internationalen Vergleich eher gering ausfallen. Die CDU-Fraktion sieht dabei insbesondere die Situation des akademischen Mittelbaus mit Sorge. Befristete Verträge, teilweise mit einer Dauer von nur einem Jahr, sind keine Seltenheit, sondern die Regel und erschweren die weiteren Lebensplanung und bieten kaum Perspektiven.

Für die CDU-Bürgerschaftsfraktion gilt der Grundsatz, dass gute Arbeit gute Bedingungen verdient und sich lohnen muss. Der Wissenschaftssektor unterscheidet sich in seiner Struktur stark von der privaten Wirtschaft, daher halten wir grundsätzlich am Instrument der Befristung insbesondere in der Qualifikationsphase fest, um so einerseits dem wissenschaftlichen Nachwuchs Perspektiven bieten und andererseits die Innovationskraft unseres Wissenschaftssystems durch ständige Erneuerung aufrecht erhalten zu können. Wir erkennen aber an, dass das gegenwärtige System Mängel aufweist und einer Korrektur bedarf. Die CDU-Fraktion begrüßt daher ausdrücklich die Initiative der Bundesregierung, das Wissenschaftszeitvertragsgesetz weiterentwickeln zu wollen und wird sich für folgende Ziele einsetzen:

- die Vertragsdauer von befristet Beschäftigten in der Qualifikationsphase muss ausreichend Zeit für einen erfolgreichen Abschluss bieten
- befristete Verträge nach der Qualifikationsphase von einem Jahr und weniger sollen weitestgehend vermieden werden
- die Personalplanung- und Entwicklung an den Hochschulen soll ausgebaut werden, um den befristet Beschäftigten Perspektiven aufzuzeigen und anbieten zu können
- befristete Verträge im Rahmen von Drittmittelprojekten müssen sich an der Dauer des Projektes orientieren und nur in begründeten Ausnahmefällen davon abweichen
- Weiterer Ausbau der Unterstützung für befristet Beschäftigte mit Kindern

Im Bewusstsein, dass diese Maßnahmen nur ein Bestandteil sein können, fordert die CDU-Fraktion eine auskömmliche Grundfinanzierung der Hochschulen, die im Rahmen der künftigen Strukturplanung eine gute Personaldecke in Lehre und Forschung sicherzustellen hat. Im Bereich der wissenschaftlichen Mitarbeiter, die sich primär mit der Wahrnehmung von strukturellen Aufgaben in Lehre und Forschung befassen, ohne dass diese Tätigkeiten zur Qualifikationsphase gerechnet werden können, bedarf es einen Ausbau der unbefristeten Stellen. Zur Gewährleistung der Wettbewerbsfähigkeit und der amtsangemessenen Alimentation muss darüber hinaus eine Erhöhung der Grundgehälter der W-Besoldung angestrebt werden.

3. Politische Rahmenbedingungen

Der Kurs der Wissenschaftspolitik im Land Bremen kann und darf nicht von den Hochschulen verantwortet werden. Es ist abzusehen, dass die finanzielle Situation der Hochschulen weiterhin sehr schwierig bleiben wird und sich bei einem nominal gleichbleibenden Haushalt sogar verschlechtern würde. Die zahlreichen Erfolge unserer

Hochschulen in Lehre und Forschung sind zum jetzigen Zeitpunkt nicht nachhaltig abgesichert. Strukturelle Entscheidungen, klare Aussagen über das, was in Zukunft finanziert werden kann und was nicht, und langfristige Planbarkeit müssen Anspruch einer verantwortungsvollen Landespolitik sein.

Die schon 2010 ausgelaufene Wissenschaftsplanung muss endlich fortgeschrieben werden und unter Berücksichtigung der Empfehlungen des Wissenschaftsrates richtungsweisende Vorgaben zur weiteren Aufstellung der Bremischen Hochschullandschaft machen. Der Planungszeitraum hat dabei mindestens fünf Jahre zu betragen.

Neben Aussagen zur fachlichen Ausrichtung, bedarf es auch einer Neubewertung der Studienzahlen. Zwar sollen die Durchschnittszahlen anderer Hochschulstandorte für Bremen und Bremerhaven als langfristige Orientierung dienen, jedoch müssen zukünftige Planungen primär das Ziel der Ausfinanzierung guter Studienbedingungen haben. Eine Reduzierung der Gesamtzahl an Studienplätzen soll nur in letzter Konsequenz erfolgen, darf aber nicht von vornherein ausgeschlossen werden. Frei werdende Kapazitäten durch Umstrukturierungen im Fachangebot sollen zum Ausbau der Plätze bzw. der Qualitätsverbesserung in den Studienschwerpunkten verwendet werden.

Aus eigenen Kräften einen darüber hinaus gehenden Studienplatzausbau vorzunehmen, wird für das Land Bremen nicht möglich sein. Das derzeitige Finanzierungssystem mit der alleinigen Verantwortung für die Länder stellt nach Auffassung der CDU-Bürgerschaftsfraktion kein zukunftsfähiges Konstrukt dar. Das Kooperationsverbot muss abgeschafft werden, um es dem Bund dauerhaft zu ermöglichen, sich in Bildung und Wissenschaft zu engagieren. Eine alleinige Konzentration einer etwaigen Bundesförderung auf ausgewählte Elite-Hochschulen oder die Forschung lehnen wir ab und sprechen uns stattdessen für eine Förderung von Lehre und Forschung in der Breite aus. Gute Wissenschaftspolitik ist nationales Interesse und darf nicht an Ländergrenzen scheitern!

Unabhängig einer Neuregelung der Bund-Länder-Beziehungen muss die Frage nach der Sicherung der Exzellenzinitiative ab 2017 für Bremen geklärt werden. Durch den Erfolg des Zukunftskonzeptes „Ambitioniert und agil“ im Rahmen der dritten Förderlinie konnten viele erfolversprechende Projekte auf den Weg gebracht werden. Nach den jetzigen Plänen wird es keine weitere Runde der Exzellenzinitiative geben, sodass Bremen im Gegensatz zu den vormals geförderten Universitäten keine Möglichkeit auf eine Weiterfinanzierung haben wird, was faktisch das Aus für viele der hiesigen Projekte bedeuten dürfte, da diese langfristige Strukturen benötigen, um ihre Effekte langfristig wirk- und sichtbar machen zu können. Die CDU-Fraktion Bremen wird sich deshalb auf Bundesebene dafür stark machen, dass zumindest den fünf Universitäten, die derzeit erstmalig eine Förderung erhalten, die Gelegenheit zur erneuten Bewerbung ermöglicht wird.

Beschlossen am 2.12.2013

Für die CDU-Bürgerschaftsfraktion:

Susanne Grobien MdBB, wissenschaftspolitische Sprecherin